

Lausanne 11. März 2019

Pressemitteilung von Uniterre zur Vernehmlassung zur AP 22⁺

„Widersprüchlich und nicht nachhaltig“

Uniterre stellt fest, dass der Bundesrat trotz der Rückweisung der « Gesamtschau » und der breiten Annahme der Ernährungssicherheitsinitiative nicht von seiner bisherigen Linie der Landwirtschaftspolitik abweichen will.

Die systematische Entkoppelung von Produktion, Ökonomie, Handel, Sozial- und Umweltaspekten wird weiter vorangetrieben. Diese Trennung entfernt uns Schritt für Schritt von einer eigentlichen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik.

Es ist ein gravierender Widerspruch, dass Bauern und Bäuerinnen immer höheren Anforderungen bezüglich Umweltschutz und Tierwohl gerecht werden sollen und gleichzeitig auch eine höhere Wettbewerbsfähigkeit und Produktivitätssteigerung in offenen Märkten entwickeln sollen.

GVO und andere gentechnische Verfahren haben ihre Versprechen der Reduktion von Pflanzenschutzmitteln nicht gehalten, deshalb muss das Moratorium verlängert werden.

Bezüglich der Erhöhung der Anforderungen an Ausbildung genügt die geltende Regel.

Das bäuerliche Bodenrecht muss geschützt werden! Deshalb ist Uniterre dagegen, den Landkauf durch juristische Personen unter den vorgeschlagenen Bedingungen zu erleichtern. Uniterre ist gegen die Möglichkeit, die heutige Belastungsgrenze zu überschreiten. Eines der Probleme der Landwirtschaft ist die Überschuldung. Diese Maßnahme wird die Situation verschlimmern und das langfristige Überleben der landwirtschaftlichen Betriebe schwächen.

Anerkennung kollektiver Strukturen von Landarbeitern. Die Agrarpolitik soll den Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen und Direktzahlungen für junge Menschen erleichtern und fördern. Wir schlagen vor, dass diese Strukturen ausschließlich aus aktiven landwirtschaftlichen Arbeitskräften bestehen. Diese sollten als "Bewirtschafter" erkannt werden können. Die Einhaltung dieser Bedingung sollte langfristig kontrolliert werden.

Im Zuge der geforderten Verbesserung der allgemeinen Einkommenssituation der Produktionsstufe **unterstützt Uniterre die Forderung der Bäuerinnen zur Verbesserung der sozialen Absicherung und die Koppelung mit einer Einzelhofprämie.**

Das gesamte Projekt steht im Widerspruch zur Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Landwirte und anderer im ländlichen Raum tätiger Personen welche die Schweiz unterzeichnet hat. Uniterre fordert deshalb die Umsetzung der geltenden Verfassungsartikel Art. 104 und 104a, innerhalb des bestehenden Landwirtschaftsgesetzes. Die bäuerliche Landwirtschaft, welche boden- und ressourcenabhängig produziert, soll systematisch gestärkt werden.

Kontakt Uniterre Deutschschweiz: Ulrike Minkner, Tel.032 941 29 34